antwortlichkeit mehr nach sich. Hierfür wurden entweder Ordnungsstrafatbestände oder in den Fahrlässigkeitstatbeständen das Merkmal „schuldhaft verursachte Folgen“ aufgenommen, so z. B. in § 13 Abs. 4 des Gesetzes über den Verkehr mit Edelmetallen, seltenen Metallen, Edelsteinen und echten Perlen sowie Erzeugnissen aus Edelmetallen, seltenen Metallen und Edelsteinen (kurz: Edelmetallgesetz) vom 26. September 1955 (GBl. I S. 654 — vgl. Ziff. 13a der Anlage zum Anpassungsgesetz).

Infolge Aufhebung der WStVO war es erforderlich, in verschiedenen Rechtsakten selbständige Strafbestimmungen neu zu formulieren, weil dort bisher auf § 9 WStVO Bezug genommen wurde:

Das Edelmetallgesetz (Ziff. 13a der Anlage zum Anpassungsgesetz) erhielt in den §§ 13, 13a eine selbständige Strafbestimmung bzw. einen Ordnungswidrigkeitstatbestand.

Die Strafbestimmungen des § 16 des Gesetzes zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs vom 15. Dezember 1950 (GBl. S. 1202) wurden in die §§ 7, 8 der Geldverkehrsordnung vom 20. September 1961 (GBl. II S. 461 — vgl. Ziff. 28 der Anlage zum Anpassungsgesetz) übernommen, die damit die alleinige Rechtsgrundlage für strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Verstößen gegen den Zahlungs- und Geldverkehr bildet.

§ 13 des Zollgesetzes vom 28. März 1962 (GBl. I S. 42) konnte mit Rücksicht auf die Neugestaltung der Tatbestände, insbesondere wegen der Unterscheidung in Vergehen und Verbrechen, aufgehoben werden (vgl. Ziff. 30b der Anlage zum Anpassungsgesetz).

Als Ergänzung zu § 136 StGB (Verletzung des Berufsgeheimnisses) ist § 18 der Verordnung über die Berufserlaubnis und Berufsausübung in den mittleren medizinischen Hilfsberufen vom 17. Februar 1955 (GBl. I S. 149) neu gefaßt und der Grundnorm angepaßt worden (vgl. Ziff. 12b der Anlage zum Anpassungsgesetz). Gleiches gilt für § 30 der Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23. Februar 1961 (GBl. II S. 85 — Ziff. 26 der Anlage zum Anpassungsgesetz).

Im Giftgesetz vom 6. September 1950 (GBl. S. 977 — Ziff. 4 der Anlage zum Anpassungsgesetz) wurde § 26 Abs. 2 beseitigt, der für Handlungen nach Abs. 1, die eine schwere Körperverletzung oder den Tod herbeiführten, Freiheitsstrafe von 3 bis 15 Jahren vorsah. Kommt es durch vorsätzliche Pflichtverletzungen zu solchen Schädigungen, so liegt nach den Grundsätzen des StGB ein Fahrlässigkeitsdelikt vor.

Im Lebensmittelgesetz vom 30. November 1962 (GBl. I S. 111 — Ziff. 35a der Anlage zum Anpassungsgesetz) wurde entsprechend den Strafbestimmungen zum Schutze der allgemeinen Sicherheit klar zwischen vorsätzlichen und fahrlässigen Zuwiderhandlungen und der vorsätzlichen und fahrlässigen Herbeiführung von Gemeingefahren bzw. Gesundheitsschäden unterschieden.

Im gleichen Sinne wurden die Strafbestimmungen des Wassergesetzes vom 7. April 1963 (GBl. I S. 77 — vgl. Ziff. 36a der Anlage zum Anpassungsgesetz) und des Arzneimittelgesetzes vom 5. Mai 1964 (GBl. I S. 101 — vgl. Ziff. 40 der Anlage zum Anpassungsgesetz) aufgebaut.

Demgegenüber wurden die §§ 47 bis 49 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen vom 20. Dezember 1965 (GBl. 1966 I S. 29 — vgl. Ziff. 42a der Anlage zum Anpassungsgesetz) anders gefaßt, indem nur die Gefährdung bzw. Verletzung von Leben oder Gesundheit zu Straftaten erklärt wurden. Die Gefährdung von Sachwerten u. ä., die im Begriff der Gemeingefahr enthalten sind, fällt nicht darunter.

Werner Funk

2. August 1920 - 9. August 1968

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb unlängst der ehemalige Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der DDR, Genosse Werner Funk. Mit ihm haben wir einen Genossen verloren, der sich stets mit seiner ganzen Kraft und Persönlichkeit für die Sache des Sozialismus eingesetzt hat.

Werner Funk, der aus einer Arbeiterfamilie stammte, lernte frühzeitig den Kampf der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Krieg kennen. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee folgte der Maschinen-schlosser dem Ruf der Partei der Arbeiterklasse und besuchte den 2. Volksrichterlehrgang in Bad Schandau. Seit 1947 arbeitete Werner Funk aktiv in verschiedenen Dienststellen der Staatsanwaltschaft der DDR. In seiner Tätigkeit im Bezirk Karl-Marx-Stadt hatte er besonderen Anteil an der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Trotz seiner umfangreichen Aufgaben absolvierte er noch ein juristisches Fernstudium.

Auf Grund seiner Klassenkampf Erfahrungen und seiner vielseitigen Kenntnisse wurde Werner Funk im Jahre 1959 zum Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der DDR berufen. Mit der ihm eigenen Prinzipienfestigkeit, Gerechtigkeit und unermüdlichen Einsatzbereitschaft erfüllte Werner Funk alle Aufgaben, die ihm von Partei- und Staatsführung übertragen wurden. Seine vielfältigen Erfahrungen, seine kameradschaftliche Hilfe und sein ständiges Streben nach Vervollkommnung der eigenen Tätigkeit trugen ihm die hohe Wertschätzung aller Genossen ein, die mit ihm zusammenarbeiteten. Erst eine schwere Krankheit machte es ihm unmöglich, seine hohe Funktion weiter auszuüben. Für seine Verdienste ehrte ihn die Regierung der DDR mit dem Vaterländischen Verdienstorden und anderen hohen Auszeichnungen.

Treu zur Partei der Arbeiterklasse, leidenschaftlicher Kampf gegen die Feinde unserer Arbeiter- und Bauern-Macht und ein hohes Maß an Bescheidenheit kennzeichneten Werner Funks Persönlichkeit.

Der Name Werner Funk wird für immer mit der Entwicklung der sozialistischen Staatsanwaltschaft der DDR verbunden bleiben.

Ordnungsstrafrechtliche Anpassungsgesetzgebung

§ 4 OWG enthält die Grundsätze zur Anpassung der übertretungs- und ordnungsstrafrechtlichen Bestimmungen an das OWG und bildet die Grundlage einer umfassenden Rechtsbereinigung auf diesem Gebiet⁹. Gegenüber früher allein 272 Übertretungs- und Ordnungsstrafbestimmungen und -hinweisen — bei denen die Übertretungstatbestände des StGB noch nicht mitgezählt sind — bestehen z. Z. nur noch 144 Tatbestände, davon 94 in der Anpassungsverordnung, 25 in der OWVO und 25 im Anpassungsgesetz.

Einen wichtigen Komplex der Anpassungsgesetzgebung bildeten die gemäß § 43 Abs. 1 OWG im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Strafrechts zu ändernden oder neu zu schaffenden Ordnungsstrafbestimmungen. Neu geschaffen wurden z. B. folgende Ordnungsstrafbestimmungen, die nicht in gesetzlichen Spezialregelungen enthalten sind: Zuwiderhandlungen gegen festgelegte Öffnungszeiten von Einzelhandelsgeschäften, Gaststätten und Dienstleistungseinrichtungen (§ 18 OWVO), Trunkenheit in der Öffentlichkeit (§ 14 OWVO) und

⁹ Vgl. hierzu H. Schmidt, „Die Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten“, NJ 1967 S. 311 ff. (312).